



Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e.V.
Die Geschäftsleitung

Deutscher Bundestag
Finanzausschuss
Herrn Eduard Oswald
Vorsitzender
Platz der Republik 1
11011 Berlin

E-Mail: finanzausschuss@bundestag.de

Bad Homburg, 25. November 2008
Sch/ch – 30 303

Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ vom 13.11.2008

Sehr geehrter Herr Oswald,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu dem oben genannten Gesetzentwurf, die wir Ihnen in der Anlage überreichen.

Für den VDIK wird Herr Dr. Reinhard Elkmann am 27.11.2008 an der Anhörung teilnehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Verband der Internationalen
Kraftfahrzeughersteller e.V.

gez. Dipl.-Ing. B. Mayer gez. Dipl.-Bw. A. Schnurrer





Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ vom 13.11.2008

Die Automobilkonjunktur in Deutschland ist aufgrund vieler negativer Faktoren in den letzten Jahren und nicht zuletzt als Folge der Finanzkrise und der damit verbundenen drohenden Rezession ins Stocken geraten. Daher sieht es der Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e.V. (VDIK) als dringend erforderlich an, dass hier von der Regierung schnellstmöglich Kaufanreize geschaffen werden, die dazu geeignet sind, möglichst viele Kaufinteressenten dazu zu bewegen, in die Autohäuser zu kommen und dort auch tatsächlich ein Fahrzeug zu kaufen.

Aus diesem Grund begrüßt der VDIK die geplante Einführung einer befristeten Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für neu zugelassene Fahrzeuge rückwirkend ab dem 05. November 2008. Grundsätzlich halten wir den Beschluss des Kabinetts für einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Im Sinne des Klimaschutzes wäre es nach unserer Ansicht aber sinnvoller, auch Fahrzeuge der Abgasstufe Euro4 mit einem niedrigen CO₂-Ausstoß für zwei Jahre von der Kraftfahrzeugsteuer zu befreien und sie damit den Euro5-Fahrzeugen, die möglicherweise deutlich mehr CO₂ ausstoßen, gleichzustellen.

Eine zeitliche Beschränkung der Steuerbefreiung auf Fahrzeuge, die bis zum 30.06.2009 zugelassen werden, ist nach Ansicht des VDIK nicht zielführend und kann sogar zur weiteren Verunsicherung der Verbraucher führen. Darüber hinaus ist ein weiterer Einbruch der Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte 2009 zu befürchten, wenn sich nicht geeignete Maßnahmen zeitlich an die Steuerbefreiung anschließen. Denkbar wären hier beispielsweise eine Verlängerung der Steuerbefreiung, die dann in jedem Fall den CO₂-Ausstoß als Kriterium beinhalten sollte, die Einführung einer Verschrottungsprämie, die Einführung einer staatlichen Förderung von HiTech-Umwelt-Technologien mit entsprechend niedrigem CO₂-Ausstoß oder andere Maßnahmen, die den Austausch alter gegen neue Fahrzeuge gezielt fördern. Die Verschrottungsprämie sollte an den Kauf eines klimafreundlichen und verbrauchsarmen Neufahrzeugs oder eines auf demselben Niveau befindlichen Gebrauchtfahrzeugs gekoppelt sein. Hier darf nach unserer Ansicht nicht nur auf die Schadstoffklassen abgestellt werden. Grundlage für die Entscheidung muss in jedem Fall auch der CO₂-Ausstoß sein.

Um eine nachhaltige Wirkung zu erzeugen, ist es darüber hinaus zwingend erforderlich, dass der Bürger, der sich ein Auto anschaffen will, schnellstmöglich Klarheit darüber bekommt, wie die Kraftfahrzeugsteuer künftig ausgestaltet sein wird. Eine Einführung der CO₂-bezogenen Kraftfahrzeugsteuer zum 01. Juli 2009 könnte hier – wie von einigen Politikern bereits gefordert – im Idealfall für Klarheit sorgen. Die CO₂-basierte Kraftfahrzeugsteuer sollte dann im Fall der frühzeitigen Einführung von einer Verschrottungsprämie sowie den anderen oben genannten Maßnahmen flankiert werden.

Neben den ökonomischen und ökologischen Vorteilen sorgen die oben vorgeschlagenen Maßnahmen auch für eine erhöhte Verkehrssicherheit, indem verstärkt moderne Fahrzeuge mit optimierter Sicherheitstechnik auf Deutschlands Straßen kommen. Dies ist auch ein Beitrag, die Verkehrssicherheitsziele der Europäischen Union zu erreichen.